

1975	Ausgegeben zu Bonn am 22. November 1975	Nr. 130
------	---	---------

Tag	Inhalt	Seite
17. 11. 75	Gesetz zur Änderung mietrechtlicher und miethpreisrechtlicher Vorschriften im Land Berlin 402-24 (Artikel I), 402-19, 402-24-2 (Artikel II), 402-24-6 (Artikel II), 402-24-9 (Artikel II), 2330-1, 2330-2, 402-22, 400-2	2867
13. 11. 75	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes und Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes 251-1-1, 251-1-2, 251-1-3	2870
13. 11. 75	Verordnung über die für 1976 maßgebenden Rechnungsgrößen im Beitrags- und Leistungsrecht der Rentenversicherung der Arbeiter, der Rentenversicherung der Angestellten und der knappschaftlichen Rentenversicherung (RV-Bezugsgrößenverordnung 1976) 8232-7-1	2883

Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 67	2887
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	2888

Gesetz zur Änderung mietrechtlicher und miethpreisrechtlicher Vorschriften im Land Berlin

Vom 17. November 1975

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Anderung des Zweiten Bundesmietengesetzes

Das Zweite Bundesmietengesetz vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 389) in der im Land Berlin geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 § 1 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreises im Land Berlin vom 30. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2051), wird wie folgt geändert:

1. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Die Mietpreise für preisgebundenen Wohnraum werden mit Wirkung vom 1. Januar 1981 freigegeben.“

2. § 18 erhält folgende Fassung:

„§ 18

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1980 außer Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft

- a) das Erste Bundesmietengesetz;
 - b) das Dritte Bundesmietengesetz;
 - c) das Sechste Bundesmietengesetz;
 - d) das Achte Bundesmietengesetz, ausgenommen § 2, der bereits am 30. November 1975 außer Kraft tritt;
 - e) das Zehnte Bundesmietengesetz;
2. die miethpreisrechtlichen Vorschriften des Ersten und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes mit Ausnahme der §§ 87 a, 88 b und 111 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes;
3. die Altbaumietenverordnung Berlin — AMVOB — vom 21. März 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 230), zuletzt geändert durch Artikel 5

Nr. 3 des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1973 vom 21. Dezember 1973 (Bundesgesetzblatt I S. 1970);

4. sonstige mietpreisrechtliche Vorschriften, soweit sie bis zu dem nach Satz 1 maßgebenden Zeitpunkt noch gelten.

(2) Die Vorschriften des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz — WoBindG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 137) und der Verordnung über die Ermittlung der zulässigen Miete für preisgebundene Wohnungen (Neubaumietenverordnung 1970 — NMV 1970) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 594) bleiben unberührt.“

Artikel 2

Kündigungsschutz bei Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

§ 564 b Abs. 2 Nr. 2 BGB gilt im Land Berlin für Mietverhältnisse über Wohnraum, auf die das Zweite Wohnraumbekanntmachungsgesetz vom 18. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3603) am 31. Dezember 1975 nicht anzuwenden war, bis zum 31. Dezember 1980 in folgender Fassung:

- „2. der Vermieter die Räume als Wohnung für sich, die zu seinem Hausstand gehörenden Personen oder seine Familienangehörigen benötigt. Ist an den vermieteten Wohnräumen nach der Überlassung an den Mieter Wohnungseigentum begründet und das Wohnungseigentum veräußert worden, so kann sich der Erwerber auf berechnete Interessen im Sinne des Satzes 1 nicht berufen.“

Artikel 3

Zehntes Bundesmietengesetz

§ 1

Mieterhöhung

(1) Im Land Berlin darf bei preisgebundenem Wohnraum, der bis zum 24. Juni 1948 bezugsfertig geworden ist, und bei preisgebundenem Wohnraum, der in der Zeit vom 25. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1949 bezugsfertig geworden und ohne öffentliche Mittel im Sinne des § 3 des Ersten Wohnungsbaugesetzes geschaffen worden ist, die am 31. Dezember 1975 preisrechtlich zulässige Grundmiete vom 1. Januar 1976 an um 5 vom Hundert der Grundmiete erhöht werden. Diese Mieterhöhung gilt nicht für Wohnraum, der in räumlicher oder wirtschaftlicher Verbindung mit Geschäftsraum steht.

(2) Der Senat von Berlin wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung für den in Absatz 1 bezeichneten Wohnraum zur Erhaltung der Wirtschaftlichkeit weitere Mieterhöhungen zuzulassen:

1. frühestens ab 1. Juli 1977 Erhöhung der nach Absatz 1 erhöhten Grundmiete um höchstens 10 vom Hundert;

2. frühestens ab 1. Juli 1979 eine weitere Erhöhung der nach Absatz 1 und nach Absatz 2 Nr. 1 erhöhten Grundmiete um höchstens 10 vom Hundert.

(3) Grundmiete im Sinne des Absatzes 1 ist die preisrechtlich zulässige Miete nach dem Stande vom 31. Dezember 1975 abzüglich folgender in ihr enthaltenen Beträge:

1. Umlagen für den Wasserverbrauch,
2. Kosten des Betriebes der zentralen Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen,
3. Umlagen oder Zuschläge für laufende Mehrbelastungen seit dem 1. Juli 1953,
4. Untermietzuschläge,
5. Zuschläge wegen Nutzung von Wohnraum zu anderen als Wohnzwecken,
6. Mieterhöhungen für Wertverbesserungen nach § 11 der Altbauverordnungen Berlin.

Die in Satz 1 genannten Beträge dürfen neben der nach den Absätzen 1 und 2 erhöhten Grundmiete erhoben werden.

§ 2

Mieterhöhung auf Grund einer Ertragsberechnung

(1) Weist der Vermieter nach, daß die nach § 1 erhöhte Grundmiete um mindestens 5 vom Hundert unter der nach einer Ertragsberechnung errechneten Miete bleibt, so hat die Preisbehörde eine entsprechende Mieterhöhung zu genehmigen.

(2) Der Senat von Berlin wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zur Ausführung des Absatzes 1 Vorschriften zu erlassen über die Ertragsberechnung und das Genehmigungsverfahren, insbesondere über

- a) die Ermittlung und Anerkennung der Kapital- und Bewirtschaftungskosten und die hierfür zulässigen Ansätze einschließlich der Bewertung der Eigenleistung (laufende Aufwendungen);
- b) die Ermittlung und Anerkennung der den laufenden Aufwendungen gegenüberzustellenden Erträge;
- c) die Wohnflächenberechnung.

§ 3

Ausschluß von Mieterhöhungen

§ 1 gilt nicht

1. für Wohnraum, der nach seiner Beschaffenheit den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse offensichtlich nicht genügt, insbesondere wegen ungenügender Licht- und Luftzufuhr, wegen dauernder Feuchtigkeit, wegen hygienisch nicht einwandfreier oder unzureichender sanitärer Einrichtungen;
2. für Kellerwohnungen, Bunkerwohnungen, Baracken, Wohnungen in Behelfsheimen, Nissenhütten und sonstige behelfsmäßige Unterkünfte sowie für Wohnraum, dessen weitere Benutzung aus bauordnungsrechtlichen Gründen oder auf Grund von Anordnungen der Wohnungsaufsicht wegen baulicher oder sonstiger Mängel untersagt ist.

§ 4

Entsprechende Anwendung

Die §§ 8 bis 11 und § 12 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Bundesmietengesetzes vom 24. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 969, 971) in der im Land Berlin geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Artikel III § 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts im Land Berlin vom 19. Dezember 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 2357), gelten entsprechend.

Artikel 4**Änderung des Ersten Bundesmietengesetzes**

Das Erste Bundesmietengesetz vom 27. Juli 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 458) in der im Land Berlin geltenden Fassung, zuletzt geändert durch das Wohnungsbauänderungsgesetz 1973 vom 21. Dezember 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 1970), wird wie folgt geändert:

1. § 7 Abs. 2 wird aufgehoben.

2. § 23 Abs. 1 Satz 2 und § 23 a werden mit Wirkung vom 1. Januar 1976 aufgehoben.

Artikel 5**Schlußvorschriften**

§ 1

Ist bei Inkrafttreten dieses Gesetzes über einen Antrag nach § 2 des Achten Bundesmietengesetzes vom 30. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2052) noch nicht entschieden worden, oder ist die Entscheidung noch nicht unanfechtbar geworden, so bleibt § 2 des Achten Bundesmietengesetzes anwendbar.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

1. Die Artikel 1, 3 und 4 dieses Gesetzes treten am 1. Dezember 1975 in Kraft.
2. Artikel 2 tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. November 1975

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
Karl Ravens

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

Der Bundesminister für Wirtschaft
Friderichs

**Dreizehnte Verordnung
zur Änderung der Ersten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes
und
Vierzehnte Verordnung
zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes**

Vom 13. November 1975

Auf Grund der §§ 27, 42, 126 und 166 b des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559, 562), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1881), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Änderung der 1. DV-BEG

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (1. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 13. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 292, 393), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 28. November 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3346), wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	ab 1. 1. 1975
die Witwe	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM	494 DM	553 DM	586 DM
den Witwer	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM	494 DM	553 DM	586 DM
die Vollwaise	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115 DM	120 DM	125 DM	131 DM	141 DM	158 DM	171 DM	187 DM	209 DM	222 DM
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85 DM	88 DM	92 DM	96 DM	104 DM	116 DM	125 DM	137 DM	153 DM	162 DM
die dritte und jede folgende Halbwaise je	76 DM	79 DM	82 DM	86 DM	93 DM	104 DM	112 DM	123 DM	138 DM	146 DM
den elternlosen Enkel	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	229 DM	238 DM	248 DM	260 DM	281 DM	315 DM	340 DM	372 DM	417 DM	442 DM
einen überlebenden Ellern- oder Adoptivelternteil	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM.

2. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält die nachfolgende Fassung:

„Anlage 1
(zu § 10 der 1. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
1. Rubegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8. 1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31. 12. 1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9. 1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6. 1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	bis 31. 3. 1969	9 448	11 353	17 723	25 777
	bis 31. 8. 1969	10 848	13 629	19 878	27 887
	bis 31. 12. 1970	12 115	15 108	21 738	29 995
	bis 31. 12. 1971	13 440	17 505	23 983	34 178
	bis 31. 12. 1972	14 563	18 919	25 818	35 960
	bis 31. 12. 1973	16 021	20 703	28 093	38 625
	bis 31. 12. 1974	18 062	22 891	31 051	41 960
ab 1. 1. 1975	19 146	24 264	32 914	44 058	
2. Unfallruhegehalt (66 $\frac{2}{3}$ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
	bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
	bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
	bis 31. 8. 1965	4 951	6 247	9 473	14 849
	bis 31. 12. 1965	5 600	6 728	10 504	15 500
	bis 30. 9. 1966	5 824	6 997	10 924	16 120
	bis 30. 6. 1968	6 057	7 277	11 361	16 603
	bis 31. 3. 1969	6 299	7 568	11 815	17 184
	bis 31. 8. 1969	7 232	9 086	13 252	18 591
	bis 31. 12. 1970	8 077	10 072	14 492	19 997
	bis 31. 12. 1971	8 959	11 669	15 987	22 783
	bis 31. 12. 1972	9 709	12 613	17 212	23 973
	bis 31. 12. 1973	10 681	13 802	18 729	25 750
	bis 31. 12. 1974	12 041	15 261	20 701	27 973
ab 1. 1. 1975	12 764	16 176	21 943	29 372	
3. Witwengeld (60% aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992
	bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	bis 30. 6. 1962	2 380	3 275	5 059	7 931
	bis 28. 2. 1963	2 522	3 471	5 312	8 327
	bis 30. 9. 1964	2 750	3 471	5 312	8 327
	bis 31. 8. 1965	2 971	3 748	5 684	8 909
	bis 31. 12. 1965	3 360	4 037	6 302	9 300
	bis 30. 9. 1966	3 494	4 198	6 554	9 672
	bis 30. 6. 1968	3 634	4 366	6 817	9 962
	bis 31. 3. 1969	3 779	4 541	7 089	10 311
	bis 31. 8. 1969	4 339	5 452	7 951	11 155
	bis 31. 12. 1970	4 846	6 043	8 695	11 998
	bis 31. 12. 1971	5 376	7 008	9 600	13 668
	bis 31. 12. 1972	5 832	7 572	10 332	14 388
	bis 31. 12. 1973	6 408	8 280	11 232	15 456
	bis 31. 12. 1974	7 224	9 156	12 420	16 788
ab 1. 1. 1975	7 656	9 708	13 164	17 628	

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965
	bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
	bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
	bis 31. 8. 1965	1 485	1 874	2 842	4 455
	bis 31. 12. 1965	1 680	2 018	3 151	4 650
	bis 30. 9. 1966	1 747	2 099	3 277	4 836
	bis 30. 6. 1968	1 817	2 183	3 408	4 981
	bis 31. 3. 1969	1 890	2 271	3 545	5 155
	bis 31. 8. 1969	2 170	2 726	3 976	5 577
	bis 31. 12. 1970	2 423	3 022	4 348	5 999
	bis 31. 12. 1971	2 688	3 504	4 800	6 840
	bis 31. 12. 1972	2 916	3 792	5 172	7 200
	bis 31. 12. 1973	3 204	4 140	5 616	7 728
	bis 31. 12. 1974	3 612	4 584	6 216	8 388
ab 1. 1. 1975	3 828	4 848	6 588	8 808."	

Artikel 2

Änderung der 2. DV-BEG

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (2. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 31. März 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 285), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 28. November 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3346), wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	ab 1. 1. 1975
von 25 bis 39 v. H.	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM
von 40 bis 49 v. H.	191 DM	199 DM	207 DM	217 DM	234 DM	262 DM	283 DM	310 DM	347 DM	368 DM
von 50 bis 59 v. H.	229 DM	238 DM	248 DM	260 DM	281 DM	315 DM	340 DM	372 DM	417 DM	442 DM
von 60 bis 69 v. H.	266 DM	277 DM	288 DM	302 DM	326 DM	365 DM	394 DM	431 DM	483 DM	512 DM
von 70 bis 79 v. H.	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM	494 DM	553 DM	586 DM
von 80 und mehr v. H.	380 DM	395 DM	411 DM	431 DM	465 DM	521 DM	563 DM	616 DM	690 DM	731 DM."

2. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	ab 1. 1. 1975
	354 DM	368 DM	383 DM	401 DM	433 DM	485 DM	524 DM	574 DM	643 DM	682 DM."

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu den §§ 13 und 14) erhält folgende Fassung:

„Anlage
(zu den §§ 13 und 14 der 2. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr
1. Dienst- einkommen jährlich Einfacher Dienst	bis 30. 9. 1951	2 400	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000	3 150	3 300
	bis 31. 3. 1953	2 784	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508
	bis 30. 6. 1962	4 868	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949
	bis 28. 2. 1963	5 160	5 160	5 446	5 734	6 020	6 306	6 306	6 306
	bis 30. 9. 1964	5 160	5 160	5 472	5 784	6 096	6 408	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	5 573	5 573	5 910	6 247	6 584	6 921	7 258	7 426
	bis 31. 12. 1965	6 108	6 490	6 872	7 254	7 636	8 018	8 400	8 400
	bis 30. 9. 1966	6 352	6 750	7 147	7 544	7 941	8 339	8 736	8 736
	bis 30. 6. 1968	6 606	7 020	7 433	7 846	8 259	8 673	9 085	9 085
	bis 31. 3. 1969	6 870	7 301	7 730	8 160	8 589	9 020	9 448	9 448
	bis 31. 8. 1969	8 040	8 604	9 168	9 732	10 284	10 848		
	bis 31. 12. 1970	9 108	9 708	10 308	10 920	11 520	12 120		
	bis 31. 12. 1971	10 236	10 872	11 520	12 156	12 804	13 440		
	bis 31. 12. 1972	11 220	11 892	12 552	13 224	13 896	14 568		
bis 31. 12. 1973	12 468	13 176	13 884	14 604	15 312	16 020			
bis 31. 12. 1974	14 460	15 180	15 900	16 620	17 340	18 060			
ab 1. 1. 1975	15 324	16 092	16 848	17 616	18 384	19 152			
2. Dienst- einkommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336
	bis 31. 12. 1955	3 696	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624
	bis 31. 5. 1960	4 774	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580
	bis 30. 6. 1962	5 517	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186
	bis 28. 2. 1963	5 848	5 848	6 414	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 30. 9. 1964	6 120	6 120	6 552	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 31. 8. 1965	6 610	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371
	bis 31. 12. 1965	7 176	7 662	8 148	8 634	9 120	9 606	10 092	10 092
	bis 30. 9. 1966	7 463	7 968	8 474	8 979	9 485	9 990	10 496	10 496
	bis 30. 6. 1968	7 762	8 287	8 813	9 338	9 864	10 390	10 916	10 916
	bis 31. 3. 1969	8 072	8 618	9 166	9 712	10 259	10 806	11 353	11 353
	bis 31. 8. 1969	8 664	9 660	10 656	11 652	12 636	13 632		
	bis 31. 12. 1970	9 780	10 848	11 916	12 984	14 052	15 108		
	bis 31. 12. 1971	11 064	12 348	13 644	14 928	16 212	17 508		
	bis 31. 12. 1972	12 216	13 548	14 892	16 236	17 580	18 924		
bis 31. 12. 1973	13 584	15 012	16 428	17 856	19 284	20 700			
bis 31. 12. 1974	15 576	17 040	18 504	19 968	21 432	22 896			
ab 1. 1. 1975	16 500	18 060	19 608	21 156	22 716	24 264			
3. Dienst- einkommen jährlich Gehobener Dienst	bis 30. 9. 1951	3 600	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
	bis 31. 12. 1955	4 752	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31. 3. 1957	5 184	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31. 5. 1960	5 928	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31. 12. 1960	6 343	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	bis 30. 6. 1962	6 850	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
	bis 28. 2. 1963	7 261	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 30. 9. 1964	7 661	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 31. 8. 1965	8 274	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209
	bis 31. 12. 1965	9 684	10 587	11 490	12 393	13 296	14 198	15 100	15 100
	bis 30. 9. 1966	10 071	11 010	11 950	12 889	13 828	14 766	15 704	15 704
bis 30. 6. 1968	10 474	11 450	12 428	13 405	14 381	15 357	16 332	16 332	

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2	bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr	
	bis 31. 3. 1969	10 893	11 908	12 925	13 941	14 956	15 971	16 985	16 985
	bis 31. 8. 1969	11 832	13 272	14 712	16 152	17 592	19 032		
	bis 31. 12. 1970	13 056	14 580	16 092	17 616	19 128	20 652		
	bis 31. 12. 1971	14 700	16 272	17 844	19 404	20 976	22 548		
	bis 31. 12. 1972	16 152	17 784	19 404	21 024	22 644	24 264		
	bis 31. 12. 1973	17 844	19 560	21 276	22 980	24 696	26 412		
	bis 31. 12. 1974	19 836	21 708	23 580	25 452	27 324	29 184		
	ab 1. 1. 1975	21 024	23 004	24 996	26 976	28 956	30 936		
4. Dienst- einkommen	bis 30. 9. 1951	4 900	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
jährlich	bis 31. 3. 1953	5 684	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
Höherer Dienst	bis 31. 12. 1955	6 468	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31. 3. 1957	7 056	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560
	bis 31. 5. 1960	7 448	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480
	bis 31. 12. 1960	7 969	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
	bis 30. 6. 1962	8 607	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826
	bis 30. 9. 1964	9 123	9 123	11 171	13 095	14 844	16 835	18 825	20 817
	bis 31. 8. 1965	9 853	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274
	bis 31. 12. 1965	13 994	15 177	16 360	17 543	18 726	19 909	21 092	22 274
	bis 30. 9. 1966	14 554	15 784	17 014	18 245	19 475	20 705	21 936	23 165
	bis 30. 6. 1968	15 136	16 415	17 695	18 975	20 254	21 326	22 594	23 860
	bis 31. 3. 1969	15 741	17 072	18 403	19 734	20 963	22 072	23 385	24 695
	bis 31. 8. 1969	16 704	18 372	20 040	21 708	23 364	25 032	26 700	
	bis 31. 12. 1970	18 144	19 872	21 612	23 352	25 080	26 820	28 560	
	bis 31. 12. 1971	19 908	22 044	24 180	26 316	28 452	30 588	32 724	
	bis 31. 12. 1972	21 564	23 688	25 824	27 960	30 084	32 220	34 356	
	bis 31. 12. 1973	23 592	25 788	27 984	30 180	32 376	34 572	36 780	
	bis 31. 12. 1974	26 064	28 404	30 756	33 096	35 448	37 788	40 140	
	ab 1. 1. 1975	27 624	30 048	32 460	34 884	37 308	39 720	42 144."	

Artikel 3

Anderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (3. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 28. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 300), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 28. November 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3346), wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

„§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente (§ 83 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	ab 1. 1. 1975
1 030 DM	1 066 DM	1 112 DM	1 190 DM	1 309 DM	1 374 DM	1 471 DM	1 605 DM	1 686 DM."

2. § 24 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der monatliche Freibetrag nach § 85 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	ab 1. 1. 1975
240 DM	250 DM	260 DM	272 DM	294 DM	329 DM	355 DM	389 DM	436 DM	462 DM."

3. § 33 Abs. 4 wird durch folgenden Satz 10 ergänzt:

„Die sich nach Satz 9 ergebenden Rentenbeträge bis 900 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Januar 1975 um weitere 6 v. H. erhöht; Rentenbeträge ab 901 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Januar 1975 um 5 v. H., mindestens jedoch um einen monatlichen Betrag von 54 Deutsche Mark erhöht, wobei jedoch der Höchstbetrag von 1 686 Deutsche Mark nicht überschritten werden darf.“

4. § 33a erhält folgende Fassung:

„§ 33a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 95 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	ab 1. 1. 1975
1 030 DM	1 066 DM	1 112 DM	1 190 DM	1 309 DM	1 374 DM	1 471 DM	1 605 DM	1 686 DM.

5. § 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die monatlichen Freibeträge nach § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes betragen für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	ab 1. 1. 1975
den unverheirateten Verfolgten	415 DM	430 DM	447 DM	468 DM	505 DM	566 DM	611 DM	669 DM	749 DM	794 DM
den verheirateten Verfolgten	520 DM	540 DM	562 DM	589 DM	636 DM	712 DM	769 DM	842 DM	943 DM	1 000 DM
jedes kinder- zuschlagsberech- tigte Kind	42 DM	45 DM	47 DM	49 DM	53 DM	59 DM	64 DM	70 DM	78 DM	83 DM.

6. § 35 Abs. 3 bis 5 erhält folgende Fassung:

„(3) Im Falle des § 97 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes werden die in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge für die Witwe oder den Witwer durch folgende Beträge ersetzt:

bis 31. Dezember 1960	260 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	310 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	360 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	375 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	390 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	406 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	425 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	459 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	514 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	555 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1973	608 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1974	681 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1975	722 Deutsche Mark.

Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind, für das nach Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können,

bis 31. Dezember 1960 um	20 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964 um	30 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965 um	40 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966 um	42 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968 um	45 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969 um	47 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969 um	49 Deutsche Mark,

bis 31. Dezember 1970 um	53 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971 um	59 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972 um	64 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1973 um	70 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1974 um	78 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1975 um	83 Deutsche Mark.

(4) Haben neben der Witwe oder dem Witwer auch Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	100 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	110 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	130 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	135 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	140 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	146 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	153 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	165 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	185 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	200 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1973	219 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1974	245 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1975	260 Deutsche Mark.

(5) Haben nur die Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in Absatz 4 genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	120 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	140 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	170 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	177 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	185 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	192 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	201 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	217 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	243 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	262 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1973	287 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1974	321 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1975	340 Deutsche Mark.“

7. § 38a erhält folgende Fassung:

„§ 38a

(1) Der Monatsbetrag der Rente nach § 156 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973	ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975
260 DM	270 DM	281 DM	294 DM	318 DM	356 DM	384 DM	420 DM	470 DM	498 DM

(2) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 1 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973	ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975
198 DM	206 DM	214 DM	224 DM	242 DM	271 DM	293 DM	321 DM	360 DM	382 DM

(3) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973	ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975
99 DM	103 DM	107 DM	112 DM	121 DM	136 DM	147 DM	161 DM	180 DM	191 DM.“

8. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu den §§ 15 und 17) erhält die nachstehende Fassung:

„Anlage 4
(zu den §§ 15 und 17 der 3. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
	bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 400	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	6 247	6 584	7 258	7 426

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
	bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
	bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
	bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
	bis 31. 3. 1969	7 730	8 589	9 020	9 448

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	ab 1. 1. 1975	16 852	18 381	19 146

2. Mittlerer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
	bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
	bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
	bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
	bis 31. 8. 1965	7 538	8 761	9 371	9 853

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
bis 31. 3. 1969	9 166	10 259	10 806	11 353

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
ab 1. 1. 1975	19 608	22 713	24 264

3. Gehobener Dienst

Erreichbare
Dienstbezüge

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
bis 31. 8. 1965	10 257	12 551	14 209	15 050

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
bis 31. 3. 1969	12 925	14 956	15 971	16 985

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
ab 1. 1. 1975	24 992	28 957	30 939

4. Höherer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
	bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
	bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
	bis 31. 8. 1965	14 012	18 013	22 274	24 084
	bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
	bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
	bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 860	24 720
	bis 31. 3. 1969	18 403	20 963	24 695	25 585

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
	bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
	bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
	ab 1. 1. 1975	32 465	37 304	39 724	42 143."

9. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 c zu § 22) erhält die nachstehende Fassung:

„Anlage 5 c
(zu § 22 der 3. DV-BEG)

Besoldungsübersicht
Rente

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
1. Einfacher Dienst				
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	ab 1. 1. 1975	16 852	18 381	19 146
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 123	6 685	7 919
	bis 31. 12. 1970	4 638	7 483	8 844
	bis 31. 12. 1971	5 182	8 319	9 811
	bis 31. 12. 1972	5 650	9 030	10 631
	bis 31. 12. 1973	6 250	9 952	11 695
	bis 31. 12. 1974	7 154	11 272	13 185
ab 1. 1. 1975	7 583	11 948	13 977	
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	2 748	4 452	5 280
	bis 31. 12. 1970	3 096	4 992	5 892
	bis 31. 12. 1971	3 456	5 544	6 540
	bis 31. 12. 1972	3 768	6 024	7 092
	bis 31. 12. 1973	4 164	6 636	7 800
	bis 31. 12. 1974	4 764	7 512	8 796
ab 1. 1. 1975	5 052	7 968	9 324	

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	229	371	440
	bis 31. 12. 1970	258	416	491
	bis 31. 12. 1971	288	462	545
	bis 31. 12. 1972	314	502	591
	bis 31. 12. 1973	347	553	650
	bis 31. 12. 1974	397	626	733
	ab 1. 1. 1975	421	664	777
2. Mittlerer Dienst				
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
	bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
	bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
	bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
	bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
	bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
	ab 1. 1. 1975	19 608	22 713	24 264
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 793	8 213	9 949
	bis 31. 12. 1970	5 358	9 127	11 029
	bis 31. 12. 1971	6 138	10 540	12 779
	bis 31. 12. 1972	6 702	11 426	13 811
	bis 31. 12. 1973	7 394	12 531	15 113
	bis 31. 12. 1974	8 324	13 928	16 710
	ab 1. 1. 1975	8 824	14 763	17 713
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	3 192	5 472	6 636
	bis 31. 12. 1970	3 576	6 084	7 356
	bis 31. 12. 1971	4 092	7 032	8 520
	bis 31. 12. 1972	4 464	7 620	9 204
	bis 31. 12. 1973	4 932	8 352	10 080
	bis 31. 12. 1974	5 544	9 288	11 136
	ab 1. 1. 1975	5 880	9 840	11 808
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	266	456	553
	bis 31. 12. 1970	298	507	613
	bis 31. 12. 1971	341	586	710
	bis 31. 12. 1972	372	635	767
	bis 31. 12. 1973	411	696	840
	bis 31. 12. 1974	462	774	928
	ab 1. 1. 1975	490	820	984
3. Gehobener Dienst				
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
	bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
	bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
	bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
	bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
	bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
	ab 1. 1. 1975	24 992	28 957	30 939
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	6 620	11 435	13 893
	bis 31. 12. 1970	7 243	12 435	15 074
	bis 31. 12. 1971	8 027	13 634	16 457
	bis 31. 12. 1972	8 730	14 721	17 716
	bis 31. 12. 1973	9 572	16 052	19 277
	bis 31. 12. 1974	10 610	17 757	21 307
	ab 1. 1. 1975	11 246	18 822	22 585
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 416	7 620	9 264
	bis 31. 12. 1970	4 824	8 292	10 044
	bis 31. 12. 1971	5 352	9 096	10 968
	bis 31. 12. 1972	5 820	9 816	11 808
	bis 31. 12. 1973	6 384	10 704	12 852
	bis 31. 12. 1974	7 068	11 844	14 208
	ab 1. 1. 1975	7 500	12 552	15 060

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	368	635	772
	bis 31. 12. 1970	402	691	837
	bis 31. 12. 1971	446	758	914
	bis 31. 12. 1972	485	818	984
	bis 31. 12. 1973	532	892	1 071
	bis 31. 12. 1974	589	987	1 184
	ab 1. 1. 1975	625	1 046	1 255

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
4. Höherer Dienst					
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
	bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
	bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
	ab 1. 1. 1975	32 465	37 304	39 724	42 143
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	7 013	12 852	18 275	20 016
	bis 31. 12. 1970	7 565	13 798	19 582	21 420
	bis 31. 12. 1971	8 462	15 648	21 106	23 561
	bis 31. 12. 1972	9 039	16 549	22 232	24 734
	bis 31. 12. 1973	9 795	17 809	23 858	26 479
	bis 31. 12. 1974	10 764	19 495	26 075	28 898
	ab 1. 1. 1975	11 363	20 517	27 410	30 343
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 680	8 568	12 180	13 344
	bis 31. 12. 1970	5 040	9 204	13 056	14 280
	bis 31. 12. 1971	5 640	10 440	14 076	15 708
	bis 31. 12. 1972	6 024	11 028	14 820	16 488
	bis 31. 12. 1973	6 528	11 868	15 900	17 652
	bis 31. 12. 1974	7 176	12 996	17 388	19 260
	ab 1. 1. 1975	7 572	13 680	18 276	20 232
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	390	714	1 015	1 112
	bis 31. 12. 1970	420	767	1 088	1 190
	bis 31. 12. 1971	470	870	1 173	1 309
	bis 31. 12. 1972	502	919	1 235	1 374
	bis 31. 12. 1973	544	989	1 325	1 471
	bis 31. 12. 1974	598	1 083	1 449	1 605
	ab 1. 1. 1975	631	1 140	1 523	1 686."

Artikel 4

Übergangsvorschriften

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer vor Verkündung dieser Verordnung ergangenen Entscheidung steht einer erneuten Entscheidung auf Grund dieser Verordnung nicht entgegen.

(2) Bei Leistungsverbesserungen für laufende Renten auf Grund der Änderungen in den Artikeln 1 bis 3 dieser Verordnung bedarf es eines neuen Antrages nicht.

(3) Bei der erneuten Entscheidung über den Anspruch sind die Entschädigungsorgane an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, auf denen der vor Verkündung dieser Verordnung ergangene unanfechtbare Bescheid oder die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung beruht.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden entsprechende Anwendung, soweit die Ansprüche vor Verkündung dieser Verordnung durch Vergleich oder Abfindung geregelt worden sind, es sei denn, daß ausdrücklich eine Berücksichtigung künftiger Leistungsverbesserungen ausgeschlossen worden ist.

(5) Soweit vor Verkündung dieser Verordnung Ansprüche von Berechtigten durch unanfechtbaren Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bewenden.

Artikel 5

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 240 des Bundesentschädigungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft.

Bonn, den 13. November 1975

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Apel

Verordnung
über die für 1976 maßgebenden Rechnungsgrößen im Beitrags- und Leistungsrecht
der Rentenversicherung der Arbeiter, der Rentenversicherung der Angestellten
und der knappschaftlichen Rentenversicherung
(RV-Bezugsgrößenverordnung 1976)

Vom 13. November 1975

Auf Grund des § 1256 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, des § 33 Abs. 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes, des § 55 Abs. 1 des Reichsknappschaftsgesetzes, des Artikels 2 § 54 a Abs. 2 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes, des § 27 Abs. 1 des Fremdrentengesetzes und des § 4 Abs. 2 des Handwerkerversicherungsgesetzes wird von der Bundesregierung nach Anhören des Statistischen Bundesamtes und auf Grund des § 1387 Abs. 1 und des § 1388 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung sowie des § 114 Abs. 1 und des § 115 Abs. 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte

Das durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten beträgt für 1974

in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	20 381 Deutsche Mark
und	
in der knappschaftlichen Rentenversicherung	20 597 Deutsche Mark.

§ 2

Allgemeine Bemessungsgrundlagen

Die allgemeine Bemessungsgrundlage beträgt für Versicherungsfälle, die 1976 eintreten,

in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	18 337 Deutsche Mark
und	
in der knappschaftlichen Rentenversicherung	18 531 Deutsche Mark.

§ 3

Beitragsklassen

(1) Für Pflichtversicherte, die nach § 1405 der Reichsversicherungsordnung oder nach § 127 des Angestelltenversicherungsgesetzes selbst die Beiträge nach der Höhe der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte oder Bruttoarbeitseinkommen entrichten, gelten für 1976 folgende Beitragsklassen:

Beitragsklasse	Bruttoarbeitsentgelt oder Bruttoarbeitseinkommen im Monat	Monatsbeitrag
100 bis 250 DM	18 DM
400	von mehr als 250 DM bis 550 DM	72 DM
700	von mehr als 550 DM bis 850 DM	126 DM
1 000	von mehr als 850 DM bis 1 150 DM	180 DM
1 300	von mehr als 1 150 DM bis 1 450 DM	234 DM
1 600	von mehr als 1 450 DM bis 1 750 DM	288 DM
1 900	von mehr als 1 750 DM bis 2 050 DM	342 DM
2 200	von mehr als 2 050 DM bis 2 350 DM	396 DM
2 500	von mehr als 2 350 DM bis 2 650 DM	450 DM
2 800	von mehr als 2 650 DM bis 2 950 DM	504 DM
3 100	von mehr als 2 950 DM bis	558 DM.

(2) Für die freiwillige Versicherung und die Höherversicherung (§§ 1233 und 1234 der Reichsversicherungsordnung sowie §§ 10 und 11 des Angestelltenversicherungsgesetzes) gelten für 1976 folgende Beitragsklassen:

Beitragsklasse	Monatsbeitrag	Beitragsklasse	Monatsbeitrag
100	18 DM	1 900	342 DM
400	72 DM	2 200	396 DM
700	126 DM	2 500	450 DM
1 000	180 DM	2 800	504 DM
1 300	234 DM	3 100	558 DM.
1 600	288 DM		

§ 4

Durchschnittsbeitragsklasse

Die Beitragsklasse 1 600 ist für 1976

Mindestbeitragsklasse für die freiwilligen Beiträge in den Fällen des Artikels 2 § 54 a Abs. 2 Satz 1 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes

und

Regelbeitragsklasse für die Pflichtbeiträge in den Fällen des § 4 Abs. 2 Satz 1 des Handwerker-versicherungsgesetzes.

§ 5

Verhältniszahlen für die Beiträge nach Beitragsklassen

(1) Für die Monatsbeiträge, die für 1974 nach den Beitragsklassen der §§ 1387 und 1388 der Reichsversicherungsordnung oder der §§ 114 und 115 des Angestelltenversicherungsgesetzes entrichtet sind, gelten folgende Verhältniszahlen:

Beitragsklasse	Wert	Beitragsklasse	Wert	Beitragsklasse	Wert
100	0,49	800	3,93	1 800	8,83
200	0,98	1 000	4,91	1 900	9,32
300	1,47	1 200	5,89	2 000	9,81
400	1,96	1 300	6,38	2 200	10,79
600	2,94	1 400	6,87	2 400	11,78
700	3,43	1 600	7,85	2 500	12,27.

(2) Für die Monatsbeiträge, die 1975 oder 1976 entrichtet, bei der Rentenfeststellung aus einem Versicherungsfall, der 1976 eingetreten ist, zu berücksichtigen, aber in der Tabelle in Absatz 1 nicht enthalten sind, gelten folgende Verhältniszahlen:

Beitragsklasse	Wert	Beitragsklasse	Wert	Beitragsklasse	Wert
2 600	12,76	2 800	13,74	3 100	15,21.

§ 6

Bewerten der beitragslosen Zeiten

Ist die Anlage 2 zu § 1255 a der Reichsversicherungsordnung, die Anlage 2 zu § 32 a des Angestelltenversicherungsgesetzes oder die Anlage 2 zu § 54 a des Reichsknappschaftsgesetzes anzuwenden, gelten für 1974 folgende Werte:

Jahr	Bruttojahresarbeitsentgelt in Deutsche Mark					
	männliche Versicherte der Leistungsgruppe			weibliche Versicherte der Leistungsgruppe		
	1	2	3	1	2	3
1974	30 000	25 872	19 548	26 412	20 196	14 928

§ 7

Bruttojahresarbeitsentgelte nach dem Fremdrentengesetz

Für 1974 werden die durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelte in den Anlagen 5, 7, 9, 11, 13 und 15 zum Fremdrentengesetz in Deutsche Mark wie folgt bestimmt:

Anlage 5

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der männlichen Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter in Deutsche Mark							
Jahr	Arbeiter außerhalb der Land- und Forstwirtschaft der Leistungsgruppe			Arbeiter in der Landwirtschaft der Leistungsgruppe		Arbeiter in der Forstwirtschaft der Leistungsgruppe	
	1	2	3	1	2	1	2
1974	22 656	20 232	18 012	17 988	10 824	18 000	15 984

Anlage 7

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der weiblichen Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter in Deutsche Mark						
Jahr	Arbeiterinnen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft der Leistungsgruppe			Arbeiterinnen in der Landwirtschaft der Leistungsgruppe		Arbeiterinnen in der Forstwirtschaft
	1	2	3	1	2	
1974	15 228	14 292	13 776	12 396	9 444	10 656

Anlage 9

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der männlichen Versicherten der Rentenversicherung der Angestellten in Deutsche Mark					
Jahr	Angestellte der Leistungsgruppe				
	1 und 2		3	4	5
1974	30 000		25 872	19 548	16 800

Anlage 11

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte der weiblichen Versicherten der Rentenversicherung der Angestellten in Deutsche Mark					
Jahr	Angestellte der Leistungsgruppe				
	1	2	3	4	5
1974	30 000	26 412	20 196	14 928	12 600

Anlage 13

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte in der knappschaftlichen Rentenversicherung in Deutsche Mark — Arbeiter —					
Jahr	Bergarbeiter der Leistungsgruppe				
	unter Tage			über Tage	
	1	2	3	1	2
1974	22 536	19 476	16 404	18 972	16 284

Anlage 15

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte in der knappschaftlichen Rentenversicherung in Deutsche Mark — Angestellte —									
Jahr	Technische Angestellte der Leistungsgruppe					Kaufmännische Angestellte der Leistungsgruppe			
	unter Tage		über Tage						
	1, 2 und 3	4	1 und 2	3	4	1 und 2	3	4	5
1974	37 200	32 988	37 200	33 468	29 124	37 200	32 136	24 924	17 904

§ 8

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 7 § 1 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes und mit Artikel 5 § 2 des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 9

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt § 3 der RV-Bezugsgrößenverordnung 1975 vom 4. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3382) außer Kraft.

Bonn, den 13. November 1975

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Arendt

Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 67, ausgegeben am 15. November 1975

Tag	Inhalt	Seite
24. 10. 75	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit in Umweltfragen	1717
27. 10. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Weltwettervorhersage	1722
27. 10. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung	1722
28. 10. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und der Vereinbarung über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung an dem deutsch-dänischen Grenzübergang Harslsee/Padborg	1723
28. 10. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	1723
28. 10. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot	1724
3. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten	1724
3. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Auslieferung	1725
	319-46-2	
3. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Lehrmaterial	1725
3. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über Betreuungsgut für Seeleute	1726
3. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Hydrographische Organisation	1726
3. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät	1727
4. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (Seestraßenordnung)	1727

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
Vorschriften für die Agrarwirtschaft		
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2656/75 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	21. 10. 75 L 270/1
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2657/75 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	21. 10. 75 L 270/3
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2658/75 der Kommission zur Festsetzung der als Ausgleichsbeträge anwendbaren Beträge im Sektor Geflügelfleisch	21. 10. 75 L 270/5
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2659/75 der Kommission zur Festsetzung der als Ausgleichsbeträge anwendbaren Beträge im Eiersektor	21. 10. 75 L 270/9
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2660/75 der Kommission über Ausschreibungen für die Lieferung von auf dem Markt der Gemeinschaft gekauften Butteroil an bestimmte Entwicklungsländer und an das Welternährungsprogramm im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	21. 10. 75 L 270/11
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2661/75 der Kommission über eine Ausschreibung zur Lieferung von auf dem Markt der Gemeinschaft gekauften Butteroil im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an das Welternährungsprogramm	21. 10. 75 L 270/17
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2662/75 der Kommission zur Festsetzung der Einschleusungspreise und Abschöpfungen für Eier	21. 10. 75 L 270/19
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2663/75 der Kommission zur Festsetzung der Einschleusungspreise und der Abgaben bei der Einfuhr für Eieralbumin und Milchalbumin	21. 10. 75 L 270/21
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2664/75 der Kommission zur Festsetzung der Einschleusungspreise und Abschöpfungen für Geflügelfleisch	21. 10. 75 L 270/23
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2665/75 der Kommission zur Änderung des zeitlichen Abstands der gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2101/75 durchgeführten Teilausschreibungen für die Ausfuhr von Zucker	21. 10. 75 L 270/26
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2666/75 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	21. 10. 75 L 270/27
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2667/75 der Kommission zur Änderung der Abschöpfung bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker	21. 10. 75 L 270/28
20. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2668/75 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	21. 10. 75 L 270/30
21. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2669/75 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	22. 10. 75 L 271/1
21. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2670/75 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	22. 10. 75 L 271/3
21. 10. 75	Verordnung (EWG) Nr. 2671/75 der Kommission zur Festsetzung der durchschnittlichen Erzeugerpreise für Wein	22. 10. 75 L 271/5

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
21. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2672/75 der Kommission zur Änderung der Abschöpfungen bei der Ausfuhr von stärkehaltigen Reiserzeugnissen	22. 10. 75	L 271/7
21. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2673/75 der Kommission zur Änderung der als Ausgleichsbeträge für die Erzeugnisse des Getreide- und Reissektors anzuwendenden Beträge	22. 10. 75	L 271/8
21. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2674/75 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungszeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	22. 10. 75	L 271/12
21. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2675/75 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	22. 10. 75	L 271/14
21. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2676/75 der Kommission zur Änderung der Abschöpfung bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker	22. 10. 75	L 271/15
11. 8. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2679/75 des Rates über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels betreffend Artikel 9 des Protokolls Nr. 1 des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel hinsichtlich der Einfuhr von Fruchtsalaten mit Ursprung in Israel in die Gemeinschaft	23. 10. 75	L 272/1
11. 8. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2680/75 des Rates über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels betreffend Artikel 9 des Protokolls Nr. 1 des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel hinsichtlich der Einfuhr von Tomatenmark mit Ursprung in Israel in die Gemeinschaft	23. 10. 75	L 272/4
22. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2681/75 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	23. 10. 75	L 272/7
22. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2682/75 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	23. 10. 75	L 272/9
22. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2683/75 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Rindfleischsektor für den am 1. November 1975 beginnenden Zeitraum	23. 10. 75	L 272/11
21. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2684/75 der Kommission über eine Ausschreibung für die Lieferung von Butteroil an die UNICEF für Indien im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	23. 10. 75	L 272/16
Andere Vorschriften		
6. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2677/75 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 3254/74 des Rates vom 17. Dezember 1974 zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1055/72 über die Mitteilung der Einfuhr von Kohlenwasserstoffen an die Kommission auf die Erdölerzeugnisse der Tarifstellen 27.10 A, B, C I und C II des Gemeinsamen Zolltarifs	27. 10. 75	L 275/1
6. 10. 75 Verordnung (EWG) Nr. 2678/75 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 388/75 des Rates vom 13. Februar 1975 über die Mitteilung der Ausfuhr von Kohlenwasserstoffen nach Drittländern an die Kommission	27. 10. 75	L 275/8
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 1599/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Regelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten (ABl. Nr. L 166 vom 28. 6. 1975)	24. 10. 75	L 273/47

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 297. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Oktober 1975, ist im Bundesanzeiger Nr. 216 vom 21. November 1975 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs

sowie Hinweise auf die

Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen
und
auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht
enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 216 vom 21. November 1975 kann zum Preis von 1,— DM (einschl. Versandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zollarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.